Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Die Denkfehler der Schulden-Bremser
2. Haushaltspolitik Deutschland warnt Frankreich vor dem Spar-Boykott
3. Hohe Schulden Frankreich spart an den Kindern
4. Sparpläne: Paris erfrischend kaltblütig
5. Ordoarithmetic
6. Kassenstatistik im 1. Halbjahr 2014: Öffentliche Einnahmen + 3,2 %, Ausgaben + 2,9 %
7. Atypische Beschäftigung
8. Arzneimittelhersteller: Stada-Chef blitzt mit Plänen für 40-Stunden-Woche ab
9. Tarifstreit: Lufthansa rechnet mit Millionenschaden durch Pilotenstreiks
10. Beihilfen: Brüssels Milliardengeschenk an die Atomlobby
11. OECD-Bildungsdirektor befördert erneut Debatte um Studiengebühren
12. Elefant im Porzellanladen: Lord Hill ist als Kommissar für Finanzstabilität ungeeignet
13. Verwirrung statt Transparenz
14. Wegen Atom-Moratorium E.ON will 380 Millionen vom Staat
15. Politische Justiz und Stuttgart 21
16. Nur Werber, Versicherer und Politiker schlechter: Journalisten in der Vertrauens-Krise
17. Streit zwischen Google und Verlagen Springer und Burda nur noch einzeilig
18. Kunstschätze in Syrien
19. Nachtrag zu Hinweis Nr.13 vom 1.10.2014:

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Denkfehler der Schulden-Bremser**
   Die schwäbische Hausfrau. Immer fleißig und genügsam. Sie hält das Geld zusammen und achtet darauf, dass nicht mehr ausgegeben wird als reinkommt. Und sie sorgt vor. Ihre Prinzipien sind heute der Maßstab für die Haushaltspolitik in ganz Europa. Das hat Angela Merkel mit erheblichem Druck durchgesetzt – als Zwangstherapie für die Krisenländer. „Man könne nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben, mahnte sie damals. Das sei der Kern der Krise.

Die Frage ist nur: Wer hat da über wessen Verhältnisse gelebt? Was für den einzelnen Haushalt gut und richtig ist, kann volkswirtschaftlich zum Desaster werden.
Tatsächlich ist die Lage der meisten Menschen in den Krisenländern schlechter als je zuvor.
In ganz Europa ging es mit dem Wirtschaftswachstum bergab. Deutschland und Frankreich lagen im letzten Jahr gerade knapp über Null. In den Krisenländern ging es weiter runter. Und Besserung ist nicht in Sicht
Kein Wunder, sagt Heiner Flassbeck, bis vor kurzem Chef-Volkswirt der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Die Kanzlerin und ihre Unterstützer ignorierten grundsätzliche wirtschaftliche Zusammenhänge. Das Rezept der schwäbischen Hausfrau, „wir wollen keine Schulden mehr machen, wir sparen, kann man nicht auf die Volkswirtschaft übertragen“, mahnt Flassbeck.
Quelle: Das Erste plusminus

2. **Haushaltspolitik Deutschland warnt Frankreich vor dem Spar-Boykott**
   Frankreich will erst 2017 sein Defizit unter die Drei-Prozent-Grenze drücken. Damit setzt es sich nicht nur über EU-Verträge hinweg – in Deutschland kommen die Pläne gar nicht gut an.
   Die französische Regierung will ihren Sparkurs trotz anhaltend hoher Haushaltsdefizite nicht verschärfen. Die Neuverschuldung soll in den nächsten Jahren zwar schrittweise abgebaut werden, aber erst 2017 wieder unter die in den EU-Verträgen festgelegte Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes fallen.
   In Deutschland kamen die am Mittwoch vorgestellten Pläne nicht gut an.
   “Es werden keine weiteren Anstrengungen von den Franzosen gefordert”, hieß es vonseiten der Regierung in Paris. Seit Jahren macht die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone mehr Schulden als eigentlich erlaubt.
   Quelle: Hamburger Abendblatt

   Anmerkung RS: *„Damit setzt es sich nicht nur über EU-Verträge hinweg – in Deutschland kommen die Pläne gar nicht gut an.“ Das sagt eigentlich alles über die Einstellung dieses Springer-Blatts: Sich über EU-Verträge hinwegzusetzen ist schon schlimm genug, aber den Deutschen nicht zu gefallen, das geht doch gar nicht!*

3. **Hohe Schulden Frankreich spart an den Kindern**
   Um die dramatische Staatsschuld zu mindern, kürzt Frankreich an den Familienleistungen: Das Kindergeld wird gesenkt, die Elternzeit für Mütter halbiert. Das sorgt für heftige Proteste.
   Die französische Regierung hat tiefe Einschnitte bei den familienpolitischen Leistungen angekündigt. Unter anderem soll das Begrüßungsgeld vom zweiten Kind

an von 923 auf 308 Euro gesenkt werden, zudem will die Regierung die Elternzeit für Mütter von 36 auf 18 Monate verkürzen und das Kindergeld verringern. Die Einsparungen sollen den Staat um jährlich 700 Millionen Euro entlasten.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Eine eigentlich lächerliche Summe von 0,7 Milliarden Euro (jährlich), die "natürlich" bei den Schwächsten eingespart werden soll. Gleichzeitig will die Regierung in 4 Jahren die Firmen um 50 Milliarden Euro "entlasten", sprich den Unternehmen ein 50-Milliarden-Steuergeschenk ohne jede Gegenleistung in den Rachen werfen. Wenn tatsächlich die Schuldenlast drückt, warum dann diese irren Steuergeschenke? Wahnsinn.*

4. **Sparpläne: Paris erfrischend kaltblütig**
Die französische Familienpolitik verschlingt viel Geld. Jetzt will die sozialistische Regierung einige Leistungen kürzen. Gut so! Sie sollte auch noch andere Wohltaten unter die Lupe nehmen.
Wächst der Mut? Die sozialistische Regierung legt jetzt Hand an die Ikonen der französischen Politik: Die Familienförderung, die in den Augen der Bevölkerung die Zukunft der Nation sichert, wird kräftig beschnitten. Mit ungewohnter Kaltblütigkeit gehen die Sozialisten zu Werke. Das letzte Wort ist zwar noch lange nicht gesprochen, weil die parlamentarische Beratung erst bevorsteht. Doch der Anfang zeugt zumindest von Handlungswillen. Der war bei den Sozialisten bisher schwach ausgeprägt, oder er wirkte in Form brutaler Steuererhöhungen in die falsche Richtung.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Da spritzt das Blut, da wird der Sozialstaat geschändet, und die FAZ wälzt sich wohlig… und natürlich sind Steuererhöhungen (für Reiche und Bestverdiener) "brutal", dagegen Sozialkürzungen bei denen, die die Sozialleistungen am nötigsten haben, "mutig". Grauenhaft.*

Anmerkung RS: *„Erfrischend" und „kaltblütig" auf dieser Weise in einem Satz unterzubringen, zeugt von Menschenverachtung.*

5. **Ordoarithmetic**
Von Paul Krugman
Francesco Saraceno is furious and dismayed at Hans-Werner Sinn, who says among other things that deflation in southern Europe is necessary to restore competitiveness. Why not inflation in Germany, he asks?

But Saraceno fails to understand German logic here. As they see it, their economy was in the doldrums at the end of the 1990s; they then cut labor costs, gaining a huge competitive advantage, and began running gigantic trade surpluses. So their recipe for global recovery is for everyone to deflate, gaining a huge competitive advantage, and begin running gigantic trade surpluses.
You may think there's some kind of arithmetic problem here, but in Germany they have their own intellectual tradition.
Quelle: The New York Times

Anmerkung RS: *Wer braucht Mathematik, wenn man eine Ideologie hat…*

6. **Kassenstatistik im 1. Halbjahr 2014: Öffentliche Einnahmen + 3,2 %, Ausgaben + 2,9 %**
   Die Einnahmen der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts stiegen nach vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik im ersten Halbjahr 2014 um 3,2 % auf 598,7 Milliarden Euro. Die Ausgaben erhöhten sich um 2,9 % auf 617,0 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, errechnet sich hieraus für die erste Jahreshälfte 2014 ein Finanzierungsdefizit – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – von 18,2 Milliarden Euro. Damit war das Defizit um 1,1 Milliarden Euro geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.
   Quelle: Destatis
7. **Atypische Beschäftigung**
   Die regionale Datenbank "Atypische Beschäftigung" des WSI stellt für alle Stadt- und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland Daten zur atypischen Beschäftigung zur Verfügung. Sie bietet einen schnellen Überblick zur Entwicklung der Beschäftigung von 2005 bis 2013 mit Auswertungen in Tabellen und Grafiken.
   Quelle: WSI
8. **Arzneimittelhersteller: Stada-Chef blitzt mit Plänen für 40-Stunden-Woche ab**
   Stada-Chef Hartmut Retzlaff hat Pensionsansprüche in Höhe von 35,3 Millionen Euro. Grund genug für die Gewerkschaft, seine Forderung nach einer 40-Stunden-Woche abzulehnen.
   Der Arzneimittelhersteller Stada ist mit einem Vorstoß für längere Arbeitszeiten gescheitert. Der Vorstandsvorsitzende Hartmut Retzlaff traf mit seinem Plan für eine 40-Stunden-Woche auf den Widerstand der Gewerkschaft IG BCE und hat den Plan aufgegeben. Das bestätigten beide Seiten dieser Zeitung. „Das Thema ist durch", sagte ein Unternehmenssprecher. Es werde auf absehbare Zeit auch nicht wieder aufgewärmt. Die Gewerkschaft nannte zwei Gründe: Stadas Ertragslage und die üppige Altersversorgung für Retzlaff.

Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ein Unternehmen, das irrsinnige Renditen erzielt, will die Arbeitnehmer zu unbezahlter Mehrarbeit verpflichten… um noch wettbewerbsfähiger zu werden… Der Wahnsinn geht nicht nur ungebremst weiter, sondern verschärft sich jedes Jahr.*
Andere Frage: wie passen eigentlich die vollkommen übertriebenen Pensionszusagen "in die heutige Zeit"?

9. **Tarifstreit: Lufthansa rechnet mit Millionenschaden durch Pilotenstreiks**
Gestrichene Flüge, teure Hotelkosten, Ersatztransporte: Die Pilotenstreiks kommen die Lufthansa teuer zu stehen. Die Fluggesellschaft rechnet wegen der jüngsten Ausstände mit einem Schaden in zweistelliger Millionenhöhe.
Die jüngsten Streiks der Piloten treffen die Lufthansa empfindlich. "Die drei Streiktage im Frühjahr haben uns 60 Millionen Euro gekostet und die letzten fünf Streiktage haben sicher erneut einen zweistelligen Millionenschaden verursacht", sagte Personalvorstand Bettina Volkens der "Bild"-Zeitung.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Weil die Pilotenstreiks die Lufthansa anscheinend tatsächlich treffen, fängt der Arbeitgeber an zu jammern. Einfach nur dreist, daß von den Arbeitnehmern "Kompromisse" und die "Sozialpartnerschaft" eingefordert werden, die die Lufthansa gerade vor ein paar Monaten *einseitig aufgekündigt* hat, indem sie die Altersversorgung der Arbeitnehmer gekappt hat mit dem Ziel, den Gewinn (2013 immerhin über 1 Milliarde Euro operativer Gewinn) zu erhöhen.*
Auf das an die Arbeitnehmer gerichtete Gewinsel über "Sozialpartnerschaft" folgt gleich die unverschämte Forderung an die Politik, ein Gesetz zu verabschieden, das Art. 9 GG mindestens beugt, wenn nicht verletzt, also verfassungswidrig wäre. M. a. W. geht der Lufthansa-Vorstand unverblümt davon aus, daß die Kapitalinteressen (es geht ja um nichts anderes als um die Erhöhung des Gewinns auf Kosten der Mitarbeiter) über dem Grundgesetz steht. Und die FAZ, die immer wieder z. B. auf der behaupteten Verfassungswidrigkeit der Linkspartei herumreitet, hat überhaupt kein Problem mit der Unternehmer-Aufforderung zum Verfassungsbruch.

10. **Beihilfen: Brüssels Milliardengeschenk an die Atomlobby**
Der scheidende EU-Wettbewerbskommissar will den Briten Milliarden-Subventionen für den Betrieb eines Atomkraftwerks genehmigen. Nach SPIEGEL-ONLINE-

Informationen gehen die Zugeständnisse weiter als angenommen.
Die Entscheidung von EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia, britische Subventionen für das umstrittene Atomkraftwerk Hinkley C im Südwesten Englands zu erlauben, sorgt für Entsetzen bei Umweltschützern, Parlamentariern und Mitgliedstaaten.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *"Ohne Staatshilfe sei der Neubau von Atomkraftwerken nämlich nicht mehr zu finanzieren, so das Argument der Brüsseler Wettbewerbshüter." Das sagt doch alles. Wenn Atomkraft also total unwirtschaftlich ist, dann fragt man sich, warum gerade die "marktwirtschaftlichen" Gralshüter, die sonst Wettbewerb um jeden Preis befürworten, eine so unsinnige Politik unterstützen.*

11. **OECD-Bildungsdirektor befördert erneut Debatte um Studiengebühren**
Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) lehnt den erneuten Vorstoß von Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der OECD, zur flächendeckenden Wiedereinführung von Studiengebühren ab. Schleicher behauptet im österreichischen STANDARD, Studiengebühren seien besser als Gebühren, die für den Besuch eines Kindergartens erhoben werden.
"Schleicher versucht so, verschiedene Bildungsbereiche gegeneinander auszuspielen", sagt Kurt Stiegler, Koordinator des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS). "Stattdessen müsste Schleicher aufgrund einer jüngst veröffentlichten OECD Studie genau das Gegenteil fordern.
Denn in Deutschland ist es demnach besonders schwer, ein Studium aufzunehmen, wenn die Eltern über keinen akademischen Abschluss verfügen", so Stiegler weiter.
Die OECD Studie "Bildung auf einem Blick" stellt für die Bundesrepublik fest, dass nur knapp ein Viertel der jungen Menschen über das Bildungsniveau ihrer Eltern hinaus kommt. Von der vielfach versprochenen Bildungsmobilität kann also keine Rede sein.
Quelle: Aktionsbündnis gegen Studiengebühren
12. **Elefant im Porzellanladen: Lord Hill ist als Kommissar für Finanzstabilität ungeeignet**
Auf meine Frage bei der heutigen Anhörung für welche Finanzdienstleister Lord Hill mit seiner PR-Firma Quiller Consultants zwischen 1998 und 2010 lobbyiert hätte, antworte er nicht. Neben mangelnder Transparenz legte er dann auch noch fehlendes Engagement für Europa an den Tag: Auf meine Frage, was er seit 1995 für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien getan hätte, fehlte ihm ebenso eine Antwort. Es ist nur schwer vorstellbar, dass Hill einen Sinneswandel vollzogen hat und künftig für das europäische Gemeinwohl streiten

wird. Europäisch unengagiert, intransparent und ohne Distanz von der Finanzindustrie – Lord Hill erfüllt nicht annähernd die Grundanforderungen für die Position des EU-Kommissars für Finanzstabilität. Für mich ist klar: Zusätzlich zu den 1700 Lobbyisten, die schon heute in Brüssel für die Banken der City of London und Europas tätig sind, hätten sie mit Lord Hill einen weiteren Verbündeten in Form eines EU-Kommissars. Ohne starke eigene Überzeugungen wäre er der Finanzlobby ausgeliefert. Mit der Ernennung von Lord Hill als EU-Kommissar für Finanzstabilität und Finanzdienstleistungen stellt man einen Elefanten in den Porzellanladen.
Quelle: Sven Giegold

13. **Verwirrung statt Transparenz**
Die neue EU-Kommission bleibt auf neoliberalem Kurs. Sogar der umstrittene Investorenschutz wird vorangetrieben – nach einer mysteriösen Nacht-und-Nebel-Aktion
Zunächst hatte designierte Handelskommissarin Cecilia Malström in einer Antwort an das Europa-Parlament zum Investorenschutz bei TTIP geantwortet : Das bedeutet eindeutig, dass kein Investor-Staat-Streitbeteiligung Teil dieser Vereinbarung (= TTIP) wird."
Dieser Satz wurde nur inzwischen auf dubiose und nicht aufgeklärte Weise gelöscht (War`s der Spindoktor von Kommissionschef Jean-Claude Juncker selbst ?)
Und darauf blieb die Handelskommissarin Malström vor dem Parlament einfach nur ausweichend vage – sehr zum Ärger der Europa-Abgeordneten.
Quelle: TAZ

Anmerkung Volker Bahl: *Sie ist ja jetzt Teil des Systems von Jean-Claude Juncker geworden, der als ein "Meister der Hintertreppe gilt".*

14. **Wegen Atom-Moratorium E.ON will 380 Millionen vom Staat**
Der Energiekonzern E.ON fordert vom Bund 380 Millionen Euro Schadenersatz für das dreimonatige Atom-Moratorium nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Dabei gehe es um entgangene Gewinne wegen der Abschaltung der Kernkraftwerke Unterweser (Niedersachsen) und Isar 1 (Bayern), sagte ein Unternehmenssprecher. Die Klage wurde beim Landgericht Hannover eingereicht, wo die Kernkraft-Sparte von E.ON sitzt.
Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre damalige schwarz-gelbe Koalition hatten das Moratorium im März 2011 zunächst nur für drei Monate verhängt. Anschließend wurden die acht betroffenen Anlagen sogar für immer stillgelegt.
Quelle: Tagesschau.de

Anmerkung unserer Leserin M.G.: *Ein Vorgeschmack auf CETA und TTIP.*

15. **Politische Justiz und Stuttgart 21**
Wann haben wir es mit politischer Justiz zu tun? Immer dann, wenn Richterinnen und Richter, mitunter durch unverhohlene Assistenz von Staatsanwaltschaft und Polizei, sich mit den Interessen der Mächtigen in Staat und Wirtschaft identifizieren – und dies in Rechtsprechung und Rechtspraxis umsetzen, sagt Rechtsanwalt Jörg Lang als Gastredner auf der 240. Montagsdemonstration gegen das Bahnprojekt in Stuttgart.
Quelle: Kontext:Wochenzeitung

Hinweis: *Natürlich ist der vierte Jahrestag des Schwarzen Donnerstags am 30.9.2010 Schwerpunkt-Thema der neuen Ausgabe von Kontext:Wochenzeitung, aber es gibt auch weitere interessante Artikel u.a. Wegschauen und weglesen ein Beitrag des Psychoanalytikers Tilman Moser über die Verarbeitung der täglichen Schrecken des Weltgeschehens. Kontext:Wochenzeitung ab heute im Netz, samstags als Printbeilage der taz.*

16. **Nur Werber, Versicherer und Politiker schlechter: Journalisten in der Vertrauens-Krise**
Das Ansehen von Journalisten war nie das Allerbeste. Doch dass es gleich so schlimm um den Berufsstand bestellt ist…Der Verein der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat Bürger aus 15 Ländern zum Ansehen verschiedener Jobs befragt. Das bittere Resultat: in Deutschland gehört der Beruf des Journalisten zu den Flop-Jobs. Auch Fußballer und TV-Moderatoren schneiden schlecht ab.
Quelle: MEEDIA
17. **Streit zwischen Google und Verlagen Springer und Burda nur noch einzeilig**
Der Streit zwischen Google und verschiedenen deutschen Verlagen verschärft sich. Wie der US-Konzern mitteilte, wird die Google-Suchmaschine von kommender Woche an Webseiten, deren Anbieter in der Verwertungsgesellschaft VG Media organisiert sind, in ihrem Nachrichtenüberblick gesondert behandeln. “Für diese Seiten werden wir nur noch den Link zum Artikel sowie dessen Überschrift anzeigen”, schrieb Deutschland-Chef Philipp Justus in seinem Blog. Textausschnitte (“Snippets”) und Vorschaubilder (“Thumbnails”) werden hingegen nicht mehr präsentiert.
Quelle: Tagesschau.de

Anmerkung RS: *Stefan Niggemeier schreibt dazu:*

„Die Verlage haben sich zuerst darüber beklagt, dass Google ihre Inhalte (angeblich) rechtswidrig nutzt. Nun beklagen sie sich darüber, dass Google ihre Inhalte nicht mehr rechtswidrig nutzt.
Man kann den Irrsinn kaum noch angemessen kommentieren.
Zum Stichwort 'Erpressung' fiele mir jetzt eher eine Gruppe von Verlagen ein, die andere Unternehmen dazu zwingen will, ihre Inhalte (zu deren Vorteil) anzuzeigen und ihnen dafür auch noch Geld zu geben."

18. **Kunstschätze in Syrien**
Wie der Krieg das Erbe der Menschheit zerstört
Von Christoph Sydow
Unter dem Krieg in Syrien leiden nicht nur Hunderttausende Menschen – die Kämpfe zerstören auch historische Bauten. Vorher-nachher-Fotos zeigen die Schäden an den Unesco-Welterbestätten.
Eigentlich sind es ja nur Steine. Angesichts von mehr als 200.000 Toten und Millionen Flüchtlingen wirken die Schäden an den Unesco-Welterbestätten wie vernachlässigbare Begleiterscheinungen des Bürgerkriegs in Syrien. Doch die Kämpfe bedrohen einzigartige Baudenkmäler, die untergegangene Kulturen überlebt haben.
Nach drei Jahren Krieg sind fünf von sieben Unesco-Welterbestätten in Syrien beschädigt. Nur die Altstadt von Damaskus ist bislang von den Gefechten verschont geblieben. Das zeigt eine wissenschaftliche Untersuchung der American Association for the Advancement of Science (AAAS). Die Forscher haben aktuelle Satellitenfotos mit Aufnahmen aus der Vorkriegszeit verglichen, um sich ein Bild von den Zerstörungen zu machen.
Am schwersten hat es die Altstadt von Aleppo getroffen. Die Ursprünge der Zitadelle reichen bis in das 10. Jahrhundert zurück. Hethiter, Römer und Seldschuken haben hier ihre Spuren hinterlassen. Aleppo ist eine der ältesten durchgehend bewohnten Städte der Welt.
Quelle: Spiegel-Online

Anmerkung Albrecht Müller: *Es ist sehr schlimm, was die Menschen in Syrien, im Irak, in Afghanistan, in der Ukraine, in Libyen, in den USA, in Russland und in den Flüchtlingslagern bei uns erleiden.*
Es ist aber auch schlimm, was an Dokumenten der Menschheitsgeschichte zerstört wird. Jetzt und heute. – Bei einer syrischen Familie in der Altstadt von Aleppo habe ich vor 40 Jahren ihre fulminante Gastfreundschaft genossen. Deshalb weiß ich aus eigener Anschauung, was hier zerstört wird, von Leuten, denen das historische Erbe

schnurz-egal ist. Gut, dass Spiegel online wenigstens Ausschnitte der Zerstörung dokumentiert.

19. **Nachtrag zu Hinweis Nr.13 vom 1.10.2014:**
Leser R.L schreibt: Auf den Nachdenkseiten schreiben Sie (= OP) zu Hinweis Nr. 13:

> "So wüsste ich z.B. nicht, wie ich zwischen der Akkreditierung von Hunderten Journalisten an der Münchner Sicherheitskonferenz und der Teilnahme von Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ), Josef Joffe (Zeit) und Stefan Kornelius (SZ) unterscheiden könnte bzw. warum ich ihre Teilnahme besonders bewerten sollte."

Ihnen kann leicht geholfen werden: Hier die Liste der Teilnehmer. Das sind die aktiven Teilnehmer. Dann gibt es noch offizielle Beobachter. Weiter können Sie sich als Journalist akkreditieren lassen, um zu berichten. Akkreditierungen sind aber erst ab Anfang November 2014 überhaupt möglich.

Verstehen Sie jetzt den Unterschied zwischen Journalisten wie Ihnen und zum Beispiel den Herren Joffe und Frankenberger und Kornelius? Die sind dort nicht als Berichterstatter sondern als Teilnehmer, als aktive Mitgestalter. Legen Sie daran bitte als Messlatte die Aussage von Hans-Joachim Fridrichs an: "Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten." Erwarten Sie von diesen Journalisten wirklich Objektivität, zumal sie auch noch in diversen anderen Vereinen eingebunden sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, warum die Nachdenkseiten nicht das Buch "Gekaufte Journalisten" von Ulfkotte besprechen. Es wird ja in den Medien ganz offensichtlich totgeschwiegen. Liegt es vielleicht daran, dass es bei Kopp erschien? Laut Ulfkotte waren andere Verlage nicht bereit, es zu veröffentlichen. Bezahlte Anzeigen wurden von verschiedenen Medien abgelehnt (wie zum Beispiel der ADAC-Mitgliederzeitung). Oder sollte ich eine Besprechung in den Nachdenkseiten lediglich übersehen haben?

Beste Grüße
R. L.

Nachtrag AM zur Beruhigung: *Das Buch von Ulfkotte werde ich besprechen.*